



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Arbeitsmarkt im Januar 2025 – Jahresbilanz 2024 – Arbeit

31. Januar 2025

Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern ist im Januar 2025 im Vergleich zum Vormonat saisonüblich um rund 35.600 Personen bzw. 12,1 Prozent deutlich angestiegen. Insgesamt waren in Bayern zuletzt 328.749 Menschen arbeitslos gemeldet. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent liegt Bayern weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent.

Der Trend steigender Arbeitslosigkeit hat das gesamte zurückliegende Jahr bestimmt. Die 2024 vorherrschende Wirtschafts- und Strukturkrise in Deutschland ließ die bayerische Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 3,7 Prozent steigen – ein Plus von 0,3 Prozentpunkten zum Vorjahr. Der Bundesdurchschnitt lag bei 6,0 Prozent.

Bayerns **Arbeitsministerin Ulrike Scharf** richtet den Blick nach vorne: „2025 muss ein Jahr des Aufbruchs werden, die Bundestagswahl in drei Wochen den so dringend benötigten Kurswechsel in Deutschland einleiten. Unsere Wirtschaft muss nach zwei Jahren der Rezession endlich wieder auf den Wachstumspfad gebracht werden. Das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft ist auch die Basis für einen funktionsfähigen und leistungsstarken Sozialstaat. Fleiß und Leistung müssen sich wieder lohnen. Wenn die Wirtschaft an Fahrt aufnimmt, stehen auch die Zeichen auf dem Arbeitsmarkt wieder auf Aufschwung.“

Scharf beklagt das nach wie vor schwierige wirtschaftliche Umfeld im Land. „Die Wirtschaft leidet unter nicht wettbewerbsfähigen Energiepreisen, einer aufgrund der starken Inflation schwachen Nachfrage und anhaltenden Lieferkettenproblemen. Zudem belasten die Betriebe der Engpass an Arbeits- und Fachkräften, gestiegene Arbeitskosten, Auftragsmangel, überbordende Bürokratie und globale Handelskonflikte. Umso mehr muss von der Bundestagswahl am 23. Februar ein Signal des Neuanfangs ausgehen. Wir brauchen für die Wirtschaft und die Mitarbeitenden eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung, die Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlags und einen massiven Abbau an Bürokratie.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

